

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Die Menschen mit steigenden Energiepreisen nicht alleine lassen
- Mehr Möglichkeiten gegen Omikron - SPD möchte Schulen, Eltern und Kinder schützen
- Schleswig-Holstein bekennt sich zum Atomausstieg und zur Energiewende
- Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich stärken

Kostenexplosion

Die Menschen mit steigenden Energiepreisen nicht allein lassen!

Die SPD-Fraktion hat einen Antrag in die erste Sitzung des neuen Jahres eingebracht (Drs. 19/3562), in dem wir uns für eine wirksame Unterstützung der Menschen in Hinsicht auf die rasant steigenden Energiekosten einsetzen. Dazu erklärt die Vorsitzende der SPD-Fraktion, Serpil Midyatli:

„Ein Blick auf die europäischen Strom-, Gas- und Ölpreise zeigt, dass mit einem teuren Winter zu rechnen ist. Dies hat finanzielle Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher. Denn praktisch alle Strom- und Gasanbieter haben Preiserhöhungen vorgenommen und weitere angekündigt. Es kann nicht sein, dass in so einem reichen Land wie Deutschland Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen, weil sie sich die Energiekosten nicht leisten können. Wir dürfen die Menschen mit den steigenden Energiepreisen nicht allein lassen.

Ich begrüße deshalb die Gesetzesinitiative unserer neuen Bundesregierung, einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger zu den steigenden Heizkosten zu zahlen. Zudem sichert der Gesetzentwurf zu, einmalige Heizkostenzuschüsse, die ein Bundesland aufgrund dieses Gesetzes gewährt, vom Bund zu erstatten.



„Es kann nicht sein, dass in so einem reichen Land wie Deutschland Menschen im Dunkeln sitzen oder frieren müssen, weil sie sich die Energiekosten nicht leisten können!“

Die SPD-Fraktion fordert daher die Landesregierung auf, dementsprechend zügig zu handeln. Gleichzeitig appelliere ich an die Energieversorgungsunternehmen, auf Strom- und Gassperren für Menschen, die aufgrund der hohen Energiepreise in Not geraten sind, in den nächsten Monaten zu verzichten.

Schuld an den zu hohen Heizkosten trägt auch die CDU! Auf Bundesebene hat sie verhindert, dass die zusätzlich zu den Heizkosten zu zahlende Co²-Komponente auf fossile Brennstoffe je zur Hälfte auf Mieter und Vermieter umgelegt wird. Hier muss dringend, wie von der Bunderegierung geplant, eine faire Teilung der zusätzlichen Belastung eingeführt werden.

Zusätzlich muss wie bereits auf Bundesebene angekündigt, die Finanzierung der EEG-Umlage über den Strompreis beendet werden. Das führt zu einer direkten Entlastung beim Strompreis. Es ist empörend, dass einige Stromanbieter einseitig ihren Kunden gekündigt haben, teilweise offenbar sogar vertragswidrig. Es müssen dringend allgemeingültige Standards für Energielieferanten entwickelt werden, damit sofortige einseitige Kündigungen durch den Anbieter aufgrund von Preissteigerungen auf dem Markt ausgeschlossen werden. Zu allen kurzfristigen Maßnahmen benötigen wir gleichzeitig den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien, um bis zum vollständigen Erreichen der Energiewende unabhängiger von fossilen teuren Energie-Importen zu werden!“

Schule und Omikron

Mehr Möglichkeiten gegen Omikron - SPD möchte Schulen, Eltern und Kinder schützen!

Leichteres Umschalten auf Distanz, Aufhebung der Präsenzpflcht auf Antrag und mehr Tests gehören zu den Punkten, die die SPD für Schulen, Eltern und Kinder erreichen möchte (Antrag Drs. 19/3581). Dazu ergriff Martin Habersaat, bildungspolitischer Fraktionssprecher, im Landtag das Wort für die SPD:

„Unter Virologen wird derzeit darüber debattiert, welche Rolle die Schulen unter den Bedingungen der besonders ansteckenden Omikron-Variante als Pandemie-Treiber spielen. Sowohl die Zahl der positiven Testungen von Schüler*innen und Lehrer*innen als auch die Inzidenzwerte sind zum Wiederbeginn des Schulbetriebes gegenüber der Situation vor Weihnachten erheblich angestiegen. Hunderte Lehrkräfte im Land sind infiziert, tausende Schülerinnen und Schüler. Vor diesem Hintergrund wollen wir Schulen, Eltern und Kindern mehr Möglichkeiten geben.

„Hunderte Lehrkräfte im Land sind infiziert, tausende Schülerinnen und Schüler. Vor diesem Hintergrund wollen wir Schulen, Eltern und Kindern mehr Möglichkeiten geben!“



Wir fordern, dass als Kriterien für das Umstellen auf Wechsel- oder Distanzunterricht auch örtliche Inzidenzwerte und die Gesamtlage vor Ort dienen. Bildungsministerin Prien hat die Hürde mit einem ausschließlichen Blick auf Quarantänefälle zu hoch gehängt. Hinzu kommt, dass mit der Quarantäne sehr unterschiedlich umgegangen wird. In sogenannten Gemeinschaftseinrichtungen, das sind Kitas und Schulen, kann je nach Entscheidung des Gesundheitsamts fast völlig auf Quarantäne verzichtet werden. Das verunsichert und führt zu dem Wunsch, sich selbst zu helfen.

In dieselbe Richtung geht auch der zweite Punkt: Wie bei vorherigen Wellen soll die Präsenzpflcht auf Antrag der Eltern ausgesetzt werden können. Viele besorgte Eltern wenden sich an uns mit dem Wunsch nach dieser Möglichkeit. Tägliche Tests an Schulen sollen möglich werden. Und je kleiner die zu Testenden, desto dringender müssen wir endlich zu PCR-Pooltests, sogenannten Lollitests, kommen. Klassenfahrten sollen bis einschließlich März nicht stattfinden. Das ist bei der Omikron-Wand, vor der wir stehen, eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Trotzdem gibt es an manchen Schulen Diskussionen, die wir ihnen ersparen sollten. Im Frühling kann es dann hoffentlich wieder losgehen. Jeder weiß, wie wichtig diese Reisen sind.“

Atomausstieg:

Schleswig-Holstein bekennt sich zum Atomausstieg und zur Energiewende!

Die Abschaltung des Kernkraftwerks Brokdorf ist ein historischer Moment. Dieses symbolträchtige Kraftwerk steht sinnbildlich für die Atomenergie-Debatte in Schleswig-Holstein. Wir haben das zum Anlass genommen, um uns mit einem Antrag zur Landtagssitzung (19/3550) noch einmal ganz klar für den Ausstieg aus der Atomenergie zu positionieren. Dazu erklärt der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Thomas Hölck:

„Brokdorf steht für eine Energiepolitik, die gegen große Vorbehalte in der Bevölkerung und ohne einen gesellschaftlichen Konsens durchgesetzt wurde. Brokdorf steht für Protest. Protest gegen eine nicht nachhaltige Energiepolitik. Für heftige Auseinandersetzungen, Anfeindungen bis in das Privatleben vieler Bürgerinnen und Bürger. Im Nachhinein war es keine befriedigende Lösung, mithilfe des staatlichen Gewaltmonopols den Bau und die Inbetriebnahme durchzusetzen.

Die SPD Schleswig-Holstein hat sich schon seit Mitte der 1970er Jahre kritisch mit der Atomenergie auseinandergesetzt. Später folgte die gesamte Partei dieser Position. Schon damals waren uns die Risiken und Unsicherheiten viel zu groß, um dieses Wagnis einzugehen. Schon unter Björn Engholm wurden stattdessen die Weichen für ein künftiges „Windenergieland Nr. 1“ gelegt. Denn nachdem wir uns politisch von der Atomenergie verabschiedet hatten, musste ein neues Konzept für eine nachhaltige, sichere Energieversorgung her. Auf diesen Teil unserer langen Geschichte sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonders stolz. Deshalb ist es mir eine besondere Freude, hier heute stehen zu dürfen und über die Abschaltung des Kernkraftwerks Brokdorf hierzu sprechen.

„Atomenergie hat mit der ungelösten Endlagerfrage für hochradioaktiven Atommüll hohe Folgelasten, basiert mit Uranverwertung auf endlichen fossilen Rohstoffen und ist missbrauchsanfällig!“



Brokdorf war immer eng verknüpft mit weltweiten Ereignissen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl hat die damalige SPD-Fraktion und ihr Vorsitzender Björn Engholm appelliert, das Kraftwerk nicht in Betrieb zu nehmen.

Leider vergeblich. Die rot-grüne Bundesregierung beschloss im Jahr 2000 endlich den Atomausstieg. Nachdem die CDU-Regierung unter Merkel diesen Ausstieg zunächst wieder rückgängig machte, musste erst die nächste weltweite Katastrophe von Fukushima uns alle

erschüttern, um auch der CDU auf Bundesebene klar zu machen: Atomenergie ist nicht beherrschbar. Die heutige Debatte über Brokdorf soll aber keine Geschichtsstunde werden. Sie ist leider notwendig, um erneut unser Nein zu Atomkraft

deutlich zu machen. Denn unlängst haben wir gesehen, dass die Atomenergie-Debatte in Europa wieder Fahrt aufnimmt. Angesichts technischer Neuentwicklungen gibt es wieder Befürworterinnen und Unterstützer für neue Kraftwerke. Viele unter dem Deckmantel des Klimaschutzes. Das ist ein gefährlicher Trugschluss. Atomenergie hat mit der ungelösten Endlagerfrage für hochradioaktiven Atommüll hohe Folgelasten, basiert mit Uranverwertung auf endlichen fossilen Rohstoffen und ist missbrauchs anfällig. Und egal welchen vermeintlichen Lösungsvorschlag man betrachtet, es bleibt immer ein unkalkulierbares Restrisiko. Ein Risiko, das nicht nur teuer ist, sondern katastrophalste Folgen für unser Land und die Menschen hätte. Deshalb ist uns klar: Diese Technologie darf es nie wieder geben!“

Bildung:

Bund-Länder-Kooperation im Bildungsbereich stärken!

Die Fraktionen im Landeshaus sind sich nahezu darüber einig, dass die Qualität unserer Schulen, Hochschulen und sonstiger Bildungseinrichtungen nur dann verbessert werden kann, wenn sich das Land, der Bund, die Kommunen und die sonstigen Akteure gemeinsam engagieren. Martin Habersaat, stv. Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, hat dafür einen Antrag zur letzten Plenarsitzung (Drs. 19/3559) eingebracht, in dem er Maßnahmen vorschlägt, mit denen die Zusammenarbeit zwischen Bund und Länder im Bildungsbereich gestärkt werden kann. Er erklärt dazu:

„Der vermutlich größte Fehler der Großen Koalition in Berlin zwischen 2005 und 2009 war das unglückselige Kooperationsverbot, das unser Landtag schon mehrmals über die Fraktionsgrenzen hinweg für einen Irrweg erklärt hat. Keine Frage: Es hat in den letzten Jahren eine enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich gegeben. Ich will hier nicht sämtliche Projekte vom Hochschulpakt bis zum Digitalpakt Schule lang und breit beschreiben.

„Der vermutlich größte Fehler der Großen Koalition in Berlin zwischen 2005 und 2009 war das unglückselige Kooperationsverbot, das unser Landtag schon mehrmals über die Fraktionsgrenzen hinweg für einen Irrweg erklärt hat!“

Aber der große Wurf, das gemeinsame Konzept, fehlen bisher. Das Bundesbildungsministerium hat zu wenige Impulse in die deutsche Gesellschaft und in die deutsche Politik gegeben.

Diese Impulse gingen vielmehr eher vom Kanzleramt und vom Bundesfinanzministerium aus. Auch Gutwillige fragten immer häufiger, was diese Frau Karliczek eigentlich beruflich so mache. Die neue Berliner Koalition aus SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wird das Rad nicht neu erfinden. Sie wird aber schneller und weiter fahren. Man kann nur hoffen, dass sich ein Trauerspiel nicht wiederholt wie die Ankündigung der damaligen Bundesbildungsministerin, einen Nationalen Bildungsrat ins Leben zu rufen, woraufhin gleich mehrere von der Union geführte oder mitregierte Länder ihr die kalte Schulter zeigten. Dabei hätte es da eine Chance für die Schulträger auf Beteiligung gegeben.



Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung kündigt die Einberufung eines Bildungsgipfels an, der den Bund, die Länder und die Kommunen, aber auch Vertreter*innen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft bei der Suche nach neuen Formen der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Zielformulierung einbinden soll.

Die neue Bundesregierung hat keine Zweidrittelmehrheit im Bundestag hinter sich. Wenn wir also darangehen wollen – und das halte ich für unerlässlich –, die Fehler der damaligen Großen Koalition zu überwinden, geht das nicht ohne die Union, und auch die LINKE sollte nicht außen vorbleiben. Es darf keinen Bereich der Bildung geben, der nicht in eine solche Zusammenarbeit einbezogen werden soll. Dazu haben sich die Koalitionspartner bekannt.“

Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger
Layout: Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**